



Nur Mitbestimmung stoppt Missbrauch von Werkverträgen

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 01. September 2015

„Nur eine deutliche Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten kann den Missbrauch von Werkverträgen stoppen“, kommentiert Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die heutige Vorstellung der Betriebsrätebefragung der IG Metall zu Werkverträgen. Krellmann weiter:

„Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Werkverträge immer häufiger zum Lohndumping genutzt werden. Die angekündigte Symbolpolitik der Bundesregierung ist dabei nicht das Papier wert, auf dem sie steht. Das geplante Informationsrecht für Betriebsräte reicht nicht aus. Information ist keine Mitbestimmung. Es muss ein Vetorecht für Betriebsräte geben, wenn Werkverträge zu Nachteilen für die Beschäftigten führen. Darüber hinaus brauchen wir eine Beweislastumkehr, um Scheinwerkverträge zu verhindern. Der Betrieb muss immer nachweisen, dass es sich um einen Werkvertrag handelt und nicht um Leiharbeit. Der Gesetzgeber muss jetzt zeigen, dass er willens ist, die betroffenen Beschäftigten zu schützen.“

DIE LINKE hat als erste Fraktion schon vor Jahren auf das Problem aufmerksam gemacht. Wir fordern umfassende gesetzliche Regelungen, um Scheinwerkverträge zu stoppen und Equal Pay bei zulässigen Werkverträgen einführen zu können. Zur Durchsetzung dieser Regelungen braucht es mehr Mitbestimmung für Betriebsräte, denn sie wissen, was im Betrieb los ist.“